

16. Landtag von Baden-Württemberg, 101. Sitzung

Donnerstag, 17. Oktober 2019, 09:30 Uhr

Rede

Mitglied des Arbeitskreises

„Inneres, Digitalisierung und Migration“

Manuel Hagel MdL

zur Aktuellen Debatte

Schutz der Religionsgemeinschaften in Baden-Württemberg

Es gilt das gesprochene Wort.

Manuel Hagel MdL:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Gestern debattierten wir in diesem Hohen Haus den ersten Antisemitismusbericht in unserer Republik. Als jüngerer Mensch, als heute 31-Jähriger, begegnet mir dieses Thema auf drei ganz besondere Arten: erstens durch die Erlebnisberichte der eigenen Großeltern über die dunkelste Zeit deutscher Geschichte, zweitens durch die Berichte der Eltern über die Erinnerungskultur der

Sechziger- bis Achtzigerjahre sowie drittens durch meine ganz eigenen Beobachtungen heute, vor allem in sozialen Netzwerken. Gerade in diesen erleben wir das Urübel von Antisemitismus in einer ganz neuen Qualität der Enthemmung. Ich sehe eine ganz neue Dimension des Antisemitismus und der Gewalt. Sie will nicht nur ausgrenzen, sie will nicht nur verletzen, sie will vor allem auch gesehen werden.

Eine junge Dame, die Antisemitismus und rechte Hetze im Netz ganz krass erfahren hat, durfte ich in diesem Sommer kennenlernen. Sie hat mich schwer beeindruckt. Ihr Name ist Alexandra Poljak. Sie war bis vor Kurzem Präsidentin des Bundes jüdischer Studenten Baden. Aufgrund ihres Engagements für jüdisches Leben in Deutschland war sie im Internet massivsten Anfeindungen, ja blankem Hass ausgesetzt. Frau Poljaks Mut, sich auch öffentlich dagegenzustemmen, finde ich aller Ehren wert.

Ich möchte Ihnen sagen, was Frau Poljak uns damals erzählt hat: Sie hat sich in dieser sozialen Echokammer allein gefühlt. Ich möchte Frau Poljak auch heute von hier aussagen: Liebe Frau Poljak, Sie sind nicht allein. Die große Mehrheit dieses Hauses und die große Mehrheit der Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger stehen hinter Ihnen und stehen an Ihrer Seite.

Wir erleben derzeit, wie durch ganz bestimmte Kräfte versucht wird, den politischen Diskursraum sukzessive immer weiter nach rechts zu verlagern. Gerade im Internet zeigen sich die Auswirkungen am enthemmtesten, am deutlichsten. Stück für Stück werden unter dem Deckmantel eines heimlichen Mottos einer ganz bestimmten Partei „Das wird man doch noch sagen dürfen“ Grenzen und Tabus verschoben. Und vielleicht finden sich da jetzt einige wieder. Ich meine die Kollegen Gedeon und Fiechtner und jene der AfD.

Ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis, Frau Präsidentin, aus dem Talmud. Der Talmud schreibt schon vor mehreren Tausend Jahren: Achte auf deine Worte, denn sie werden zu deinen Handlungen. Achte auf deine Handlungen, denn sie werden zu deinem Schicksal.

Ich frage deshalb die Kollegen der AfD: Ist genau diese Herangehensweise nur Mittel zum Zweck? Ist Spaltung und Hass nur Nebenprodukt eines plumpen Populismus? Ganz ehrlich: So viel Naivität traue ich nicht einmal Ihnen zu, meine sehr geehrten Damen und Herren. Oder sind Veränderung und Spaltung unserer Gesellschaft tatsächlich Ihr eigenes Ziel?

Wie kurz der Weg der Hetze aus den Blasen im Internet rein in das echte Leben ist, mussten wir unlängst ganz schmerzlich erfahren. Das, was Frau Poljak am Herzen liegt, ist eigentlich eine ganz große Selbstverständlichkeit. Sie möchte, wie sie selbst sagt, dass ihre Kinder einmal Deutschland als ihre Heimat ansehen können. Ihr Wunsch steht dabei beispielhaft für die Wünsche vieler jungen Jüdinnen und Juden in unserem Land. Sie wollen Teil dieser Gesellschaft sein. Sie wollen einen guten Beruf. Die meisten von ihnen wünschen sich eine eigene Familie. Sie wollen hier einfach ganz normal ihren jüdischen Glauben in Freiheit und Sicherheit leben dürfen.

Erinnerung ist dabei Erinnerung. Aber Deutschland soll vor allem heute auch Heimat sein. Und Deutschland soll vor allem, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch für Jüdinnen und Juden in unserem Land in Zukunft eine sichere Heimat bleiben. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, zu ermöglichen ist unser aller Verantwortung.

Minister Thomas Strobl hat es ausgeführt: Sicherheit ist dabei Voraussetzung. Ich danke unserem Innenminister Thomas Strobl, dem dieses Thema schon immer ein Herzensanliegen war, dass auf seinen Vorschlag hin das Kabinett zugestimmt hat und 1 Million € zusätzlich für die Sicherheit von jüdischen Einrichtungen in die Hand genommen hat. Sicherheit braucht immer auch ein gesellschaftliches Umfeld. Deshalb, Herr Minister, herzlichen Dank auch für dieses Engagement.

Dennoch möchte ich auch sagen: Lassen Sie uns nicht den Fehler machen, jüdisches Leben in Deutschland ausschließlich auf den Sicherheitsaspekt zu begrenzen. Denn jüdisches Leben und jüdische Kultur sind für Deutschland sehr viel mehr. Lassen Sie uns vielmehr bei dem ansetzen, was Dr. Blume in seinem Bericht als Begegnung auf Augenhöhe bezeichnet.

Wir als CDU haben in diesem Jahr unter der Schirmherrschaft unseres Bundestagspräsidenten ein jüdisches Forum gegründet.

Wir alle sollten wollen, dass die Geschichte, die Tradition und die Literatur, die jüdischen Bräuche einen Platz in der Mitte unserer Gesellschaft haben. Dies ist ein schönes Ziel auch für diesen Landtag. Lassen Sie uns alle gemeinsam jeden Tag hart dafür arbeiten.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.